

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:

V/0633/2008

Auskunft erteilt:

Frau Rüter

Ruf:

492 50 27

E-Mail:

RueterD@stadt-muenster.de

Datum:

29.07.2008

Betrifft

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL "Eigenbeteiligung bei Fahrtendienst für Menschen mit Behinderung abschaffen - Nr. A-R/0021-2008

Antrag der SPD-Fraktion "Münster für alle - Die Stadt generationengerecht entwickeln- Ausbauprogramm für barrierefreie Bushaltestellen" - NR. A-R/0034/2008

Beratungsfolge

27.08.2008 Hauptausschuss

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Die Entscheidung über die Eigenbeteiligung einschließlich der damit verbundenen finanziellen Auswirkungen wird im Rahmen der Beratungen des Haushaltes 2009 getroffen.
2. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Eigenbeteiligung bei Fahrtendienst für Menschen mit Behinderung abschaffen“ (A-R/0021/2008) und Ziffer 5 und 6 des Antrages der SPD-Fraktion „Münster für alle – Die Stadt generationengerecht entwickeln- Ausbauprogramm für barrierefreie Bushaltestellen“ (A-R/0034/2008) werden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung verwiesen.

Begründung:

1. Antrags- und Beschlusslage

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Eigenbeteiligung bei Fahrtendienst für Menschen mit Behinderung abschaffen“ verfolgt das Ziel, die Eigenbeteiligung der Nutzerinnen und Nutzer des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderungen aufzuheben.

Die SPD-Fraktion setzt sich mit ihrem Antrag „Münster für alle – Die Stadt generationengerecht entwickeln- Ausbauprogramm für barrierefreie Bushaltestellen“ dafür ein, dass der

Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen als Spezialangebot weiterhin vorgehalten wird (Ziffer 5 des Antrages) und schlägt vor, dass die Verwaltung die Absenkung der Eigenbeteiligung im Fahrdienst (z.B. analog zu den Busfahrpreisen) prüft (Ziffer 6 des Antrages). Zu den anderen Anliegen dieses Antrages (u.a. Steigerung des Ausbaus barrierefreier Haltestellen über die bisherigen Planungen hinaus) wird auf die Beschlussvorlage an den Hauptausschuss V/625/2008 verwiesen.

Zum 01.07.2006 wurden die Richtlinien zur Förderung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderungen neu gefasst (Öffentliche Beschlussvorlage an den Rat V/0188/2006 – Ratsbeschluss vom 17.05.2006). Es wurde erstmalig eine Eigenbeteiligung im Fahrdienst eingeführt. Für die Nutzung des Fahrdienstes wird ab dem 01.07.2006 von den Nutzerinnen und Nutzern ein Betrag in Höhe von 5 € pro Fahrt erhoben, sofern die finanziellen Voraussetzungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem Sozialgesetzbuch XII nicht vorliegen. Mit der Einführung der Eigenbeteiligung im Fahrdienst wurde eine Maßnahme aus dem Spar- und Konsolidierungsprogramm 2006-2009 (Öffentliche Beschlussvorlage an den Rat V/1065/2005) umgesetzt.

Der Bericht über die Entwicklung des Fahrdienstes vom 01.07.2006 bis 31.12.2007 (Öffentliche Berichtsvorlage an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung V/0096/2008) zeigt auf, dass die angestrebte Einsparung erreicht wurde, allerdings bei einem Rückgang der Zahl der Fahrten im Vergleich zur durchschnittlichen jährlichen Fahrtenzahl vor Einführung der Eigenbeteiligung um ca. 20 %.

2. Einschätzung zu den finanziellen Auswirkungen

Sofern die Eigenbeteiligung gesenkt oder aufgehoben wird, ist zu vermuten, dass sich die Zahl der Fahrten im Fahrdienst wieder erhöhen wird, bei gleichzeitiger Aufwandserhöhung und Ertragsminderung. Wie die Entwicklung verlaufen wird, kann nicht genau geschätzt werden. Es ist zu vermuten, dass der Anstieg bei einem Wegfall der Eigenbeteiligung bzw. einer nur sehr geringen Eigenbeteiligung entsprechend höher ausfallen wird.

Ein Anstieg der Fahrten wäre mit Blick auf die Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gemeinschaft wünschenswert. Zugleich würde jedoch der bisherige Haushaltsansatz wieder überschritten werden. Der Haushalt sieht für den Fahrdienst einen jährlichen Aufwand in Höhe von 306.780 € vor. Der Ansatz für den Ertrag durch Eigenbeteiligung beträgt 50.000 €, wird allerdings bisher nicht in voller Höhe erreicht.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick, wie sich die Ausgaben und Einnahmen für den Fahrdienst ausgehend von einer Eigenbeteiligung in Höhe von 2 € pro Fahrt (Einzelticket bei Kauf im Bus zurzeit 2,10 €) bei einer fiktiv angenommenen Steigerung der Fahrten mit Eigenbeteiligung ungefähr entwickeln könnten. Dabei ist zu beachten, dass eine exakte Berechnung der Ausgaben nicht möglich ist, da die Fahrten je nach Fahrt (Sitzendfahrt, Taxifahrt, ASB-Fahrt oder Auftragsfahrt, Fahrt mit oder ohne Hilfeleistung) unterschiedlich teuer sind.

Annahme: Zahl der Fahrten steigt ausgehend von den Fahrten in 2007 (15.350)	Zahl der Fahrten	davon Fahrten mit Eigenbeteiligung	Aufwand	Ertrag durch Eigenbeteiligung (2 € pro Fahrt)	Tatsächliche Kosten (Ausgaben abzgl. Einnahmen durch Eigenbeteiligung)
um 5 % (768 Fahrten)	16.118	7.149 (44 %)	ca. 306.000	14.298	ca. 292.000
um 10 % (1.535 Fahrten)	16.885	7.916 (47 %)	ca. 318.000	15.832	ca. 302.000
um 15 % (2.302 Fahrten)	17.652	8.683 (49 %)	ca. 331.000	17.366	ca. 314.000
um 20 % (3.070 Fahrten)	18.420	9.451 (51%)	ca. 344.000	18.902	ca. 325.000

Die Berechnung zeigt, dass schon bei einem Anstieg der Fahrten um 10 % der bisherige Haushaltsansatz überschritten würde. Sofern die Eigenbeteiligung weiter abgesenkt würde oder die Eigenbeteiligung aufgehoben würde, würde sich der Aufwand entsprechend weiter erhöhen.

Eine Senkung oder Aufhebung der Eigenbeteiligung ist daher nur möglich, wenn im Haushalt entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung vor, dass der Rat nach Vorberatung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung im Rahmen der Etatberatungen für 2009 entscheidet, ob die Mittel für eine Senkung bzw. Aufhebung der Eigenbeteiligung zur Verfügung gestellt werden.

In Vertretung

gez.
Thomas Paal
Stadtrat

Anlagen:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Eigenbeteiligung bei Fahrtendienst für Menschen mit Behinderung abschaffen“ (A-R/0021/2008)

Antrag der SPD-Fraktion „Münster für alle – Die Stadt generationengerecht entwickeln-Ausbauprogramm für barrierefreie Bushaltestellen“ (A-R/0034/2008)